

KOMMENTAR

Die Bundeswehr wird kein Ponyhof

TRUPPE Von der Leyen will den Dienst attraktiver machen. Doch sie muss auch Fragen zur Ausrüstung beantworten.

Eines muss man der neuen „Mutter der Truppe“, Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, lassen: Sie prescht medienwirksam mit neuen Ideen nach vorn und lässt sich dabei nicht so leicht von ihrem Kurs abbringen. Und sollte Kritik auf sie einprasseln, stachelt das die Widerstandskraft der siebenfachen Mutter im Ministerrang nur noch mehr an. Ob die Strahlefrau – der einige sogar Ambitionen auf das Kanzleramt nachsagen, was von der Leyen natürlich weit von sich weist – ihre schönen Pläne auch immer in die Tat umsetzt, steht auf einem anderen Blatt.

Seit die Niedersächsische Chefin im Berliner Bendlerblock ist, vergeht kaum ein Tag, an dem sie nicht etwas Neues verkündet, alte Zöpfe abschneidet, die Truppe modernisieren will. Und in der Tat, was ist dagegen zu sagen, wenn die Bundeswehr bessere Karrierechancen einführt, wenn die Kasernen und Dienste familienfreundlicher gemacht werden und neue Möbel, Kühlschränke und Großbildfernseher in die Soldatenstuben Einzug halten? Nichts.

Die Bemerkung von den „Kuschelkasernen“, die von ihren Kritikern gestreut wird, ist gehässig und ignoriert zudem die tristen Dienstbedingungen in der Truppe. Im Inland wie im stressigeren Auslandseinsatz. Auf die Idee kostenloser Telefon- und Internetverbindung in die Heimat für die Soldaten und Soldatinnen in Afghanistan, auf dem Balkan oder sonstwo hätten schon Minister vorher kommen können. Von der Leyens Programm zum Aufhübschen der Kasernen ist sinnvoll und angesichts milliardenschwerer Rüstungsprojekte zudem vergleichsweise erschwinglich. Der Ministerin vorzuwerfen, sie habe keine Ahnung vom Militär, wie das Ex-Generalspekteur Harald Kujat tat, ist



VON REINHARD ZWIEGLER, MZ

Diskutieren Sie mit uns auf: Facebook, Twitter und Google+

schon reichlich arrogant. Vielleicht ist es gerade der Blick der Ministerin „von außen“, der jahrzehntelang kultivierte Bundeswehr-Blindheit der militärischen wie politischen Führung heilen kann. Allerdings, auch mit der versierten Reiterin von der Leyen an der

Spitze wird die Bundeswehr nicht zum Ponyhof. Eine Armee, die in unwägbarer Einsätze geschickt werden kann, wo es um militärische Disziplin, Befehl, Gehorsam und Tapferkeit geht, mitunter um Leben und Tod für unsere Sicherheit, die ist nicht zu führen wie ein x-beliebiges Unternehmen. Es stimmt freilich, bei der Gewinnung von militärischem Nachwuchs muss die Armee im Wettbewerb mit der Wirtschaft bestehen. Und doch ist der Dienst in der Bundeswehr nicht eins zu eins mit einem zivilen Job vergleichbar.

Angesichts ihres Attraktivitätsprogramms darf von der Leyen nicht die viel größeren Baustellen aus dem Blick verlieren. Zentrale Fragen des Einsatzprofils der Bundeswehr, der künftig notwendigen Fähigkeiten und vor allem der dafür notwendigen Ausrüstung sind wichtiger. Auf diesem Feld hat von der Leyen, die im engen Korsett ihres Etats feststeckt, bislang kaum etwas geliefert. Zudem engen langfristige milliardenschwere Rüstungsprojekte ihre Handlungsmöglichkeiten ein. Dazu passen allerdings von der Leyens markige Worte auf der Münchner Sicherheitskonferenz, Deutschland müsse sich international, stärker engagieren, nicht. Zu den militärpolitischen Konsequenzen aus der Ukraine- und Russlandkrise ist ihr auch noch nicht viel eingefallen. Und wenn die Verbündeten aus den USA fordern, mehr Geld für die Verteidigungsfähigkeit auszugeben, kann von der Leyen nur mit den Schultern zucken – und lächeln.

WEITERE KOMMENTARE

Währung: Die Euro-Länder müssen Litauern nicht fürchten. Die Litauer den Euro vielleicht schon. [SEITE 12](#)

Gedenken: Was in der Ukraine auf dem Spiel steht, haben Polen besser begriffen als viele im Westen Europas. [SEITE 3](#)

PRESSESTIMMEN

DIE ZEIT

Das überregionale Blatt zur Europawahl: „Der Fehler dieser Europawahl war, wie so oft in der EU, dass niemand früh genug – also bei der Kandidatenauswahl – genug Querdenkerie aufbrachte und Nein rief. Auf diesen Mangel hinzuweisen, besitzt David Cameron also jetzt die Frechheit. Zu spät, zu gegeben. Nur, wie kann man daraus die Forderung ableiten, Europa solle auf solche Gegenstimmen in Zukunft ganz verzichten? An der britischen Mitgliedschaft hängt eine entscheidende Qualität der EU: das Ausmaß ihrer inneren Liberalität, ihrer Fähigkeit, sich ständig mit Widerstand auseinanderzusetzen, um daran zu wachsen.“

Frankfurter Rundschau

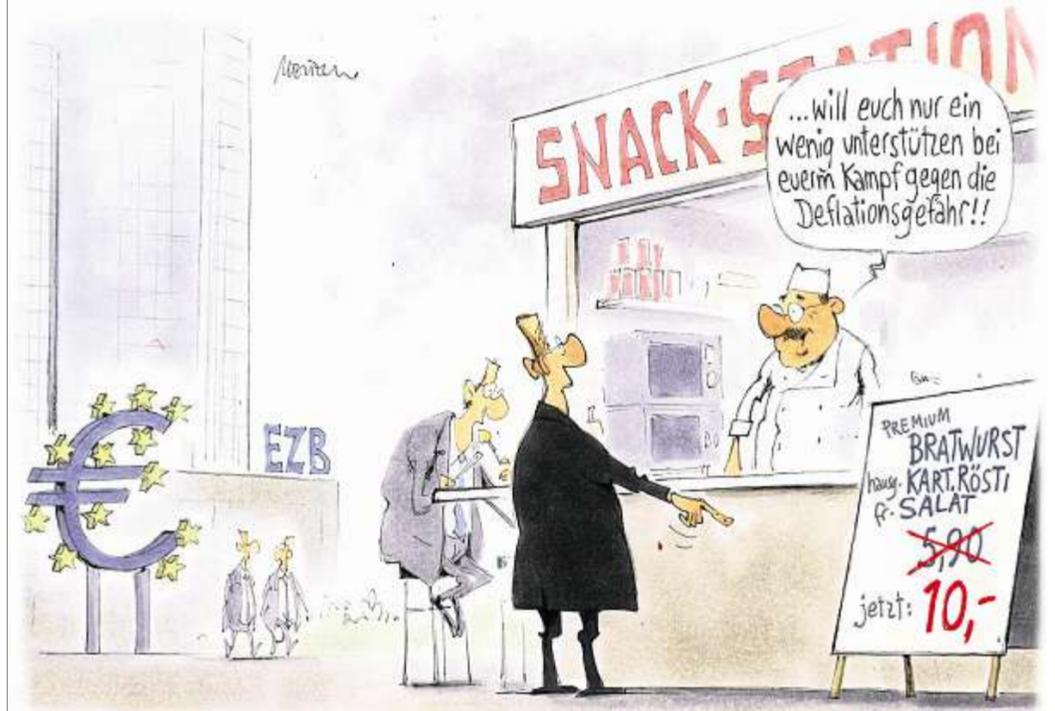
Die Zeitung zu von der Leyen/Bundeswehr: „Hätte sie nicht geschwiegen, sondern geredet, Ursula von der Leyen wäre viel Kritik erspart geblieben. Bei ihrem Plan für eine attraktivere Bundeswehr hätte sie auch etwas zu Ausrüstung und Strategie der Armee sagen sollen. So bleiben viele Fragen offen, damit hatten Kritiker das Wort. Als Mitglied der schwarz-roten Koalition hätte sie mit ihrem Konzept viel mehr Themen ansprechen müssen, hätte sich mit ihrem ersten großen Projekt nicht ausschließlich auf mehr Familienfreundlichkeit beschränken sollen.“

Le Monde

Die Pariser Zeitung zu USA/Klima: „Obamas Initiative ist ein entscheidender Schritt, aber sie macht aus den USA noch keinen Helden bei den Klimaschutzverhandlungen. Es ist noch ein langer Weg, bis der zweitgrößte Luftverschmutzer – nach China – so handelt, wie es seine Verantwortung für die Erderwärmung erfordert. Die anderen Ländern werden dies sehr wohl bedenken, wenn sie im Dezember 2015 in Paris entscheiden, ob sie die erste weltweite Klimaschutzvereinbarung unterzeichnen oder nicht.“

EL PAÍS

Die spanische Zeitung zu Juan Carlos: „Der Monarch hat die Entscheidung zur Abdankung getroffen, weil er die in Spanien notwendigen Reformen antoßen wollte. Dies ist ein bedeutender Akt von großem Wert. Ähnliches wird auch für die ersten Schritte des künftigen Königs Felipe VI. gelten, der den hohen Erwartungen der Gesellschaft gerecht werden muss. Die eigentliche Verantwortung zur Erneuerung des Systems tragen jedoch zweifellos die Politiker. Sie müssen dafür sorgen, dass die Stabilität erhalten bleibt. Der neue König kann einen solchen Prozess moderieren. Aber die politische Macht liegt bei der Regierung und dem Parlament.“



Karikatur: Mester

Ein Recht mit Nachteilen

INTERNET Das „Recht auf Vergessen“ im Netz klingt gut, birgt aber viele Probleme.

AUSSENANSICHT



RAFAEL BALL
Der Autor ist Direktor der Universitätsbibliothek Regensburg.

Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs über die Löschungen von unliebsamen Einträgen aus dem Google-Index („Recht auf Vergessenwerden“) hat viele aufatmen lassen. Nun endlich wird der amerikanische Konzern, vor dem die Europäer geradezu panische Angst haben, nachdem sie selbst die Suchmaschine in den vergangenen Jahren zu ihrer meist genutzten Webseite gemacht hatten, in seine Schranken verwiesen.

Auch die Politik glaubt, nun wieder handlungsfähig zu sein: Nach einem Griff in die Mottenkiste der Ideologie bekämpft der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel den „Informationskapitalismus“ und freut sich, dass Politik wieder alles regeln kann. Die deutsche Regierungswut ist eine europäische geworden, und seit sogar der Vorstandspräsident des Axel Springer Verlags, Mathias Döpfner, in der FAZ geradezu bitterlich weinend darauf hingewiesen hat, dass Google alle Internetfirmen der Welt unterjochte (und natürlich auch den Axel Springer Verlag), steht fest, wer der Bösewicht ist und wem Einhalt zu gebieten ist.

Mathias Döpfner hat dabei klargemacht, dass die Google-Suchergebnisse nicht immer der Wahrheit entsprechen und dass das Ranking von Google selbst bestimmt werde. Dass sich ge-

rade Döpfner darüber beklagt verwundert besonders, denn erstens ist Google bekanntermaßen keine neutrale Bibliothek, die mit öffentlichen Mitteln betrieben wird, und zweitens nimmt es gerade Axel Springers „Bild“-Zeitung seit Jahrzehnten mit der Wahrheit nicht sonderlich genau.

Tatsächlich aber beschleicht uns jetzt zunehmend eine bedrückende Erkenntnis: Was bedeutet es eigentlich, wenn man ein Suchmaschinen-Unternehmen dazu verurteilt, nur noch das anzuzeigen, was nicht durch Löschaufträge verhindert wurde? Kann das noch Informationsfreiheit sein? Oder ist das eine andere geschönte Wahrheit? Nichts als optimierte Profile aller derjenigen, die sich ihre Eintragungen so zurecht löschen lassen, dass über Personen, Firmen und Sachverhalte nur noch Gutes zu lesen ist? Ist es das, was die Bürger wirklich wollen? Millionen von manipulierten und geschönten Suchergebnissen?

Regulierungswütige Politiker und

Juristen mögen sich dabei wohlfühlen, einen der ganz großen Player auf dem freien Informations-Markt beschnitten zu haben. Leider wurde darüber aber vergessen, dass mit dem freien Internet eine einmalige und wunderbare Chance entstanden war, den Zugang zu Informationen für jedermann erschwinglich zu machen.

Dass ein Wirtschaftsunternehmen dazu Einnahmen generieren muss, ist nur selbstverständlich. Aber ohne die Nutzer der Suchmaschine kann Google wieder einpacken. Google lebt von unseren Suchanfragen. Der Suchmaschinen-gigant wird deshalb seine Kunden weder vergraulen, noch bewusst täuschen.

Die Alternative zur freien und kostenlosen Suche in Googles Daten sind kostpflichtige, teure und aufwändige Datenbanken. Wer erinnert sich nicht daran, mit welchem Aufwand und zu welchen horrenden Kosten vor der Zeit des Internet Daten und Informationen gekauft werden mussten?

Das System Google (nicht das Unternehmen) ist alternativlos. Und wer aus falsch verstandener Angst vor freien Unternehmen im Netz den staatlich-juristischen Knebel ansetzt, schützt das Kind mit dem Bade aus und nimmt Bürgern wie Unternehmen jene Informationsfreiheit, die er eigentlich schützen wollte.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

Meistgelesen



- 01 Polizei** Eine 32-jährige Frau wurde tot in ihrer Wohnung in Regensburg entdeckt. Die Kripo ermittelt.
- 02 Disco** Das „Trend“ in Postbauer Heng (Landkreis Neumarkt) schließt endgültig seine Pforten.
- 03 Babymord** Für die Tötung ihres Kindes muss eine Frau aus dem Raum Kelheim fast sechs Jahre in Haft.
- 04 Straßenbau** Nach dem Verkehrschaos in der Fritz-Fend- und der Bahnhofstraße in Regensburg entschuldigt sich die Stadt.

Angeschaut

Ob Reality-TV, Krimi-Klassiker, Show-Event oder Hitserie – in unserer Rubrik „Angeschaut“ finden Sie alle Neuigkeiten und Trends aus der bunten Welt des Fernsehens.

www.mittelbayerische.de/angeschaut



Video des Tages

Die geplanten Stromautobahnen durch Bayern sorgen weiterhin für Aufregung. Viele Anwohner demonstrieren gegen das „SuedLink“-Projekt.

www.mittelbayerische.de/video

facebook -Thema

So teuer war die Maß auf der Wiesn noch nie: Bis zu 10,10 Euro müssen durstige Oktoberfestbesucher in diesem Jahr für den Liter Bier hinblättern.

Reaktionen der User:

- Immer noch zu billig! *Jutta*
- Die Stadt müsste hier eingreifen und vorschreiben, dass maximal eine Million Euro pro Zelt Gewinn gemacht werden darf. *Martin*
- Früher wurde geschimpft, als die Maß zehn Mark gekostet hat. *Peter*
- Sauerei! *Andre*
- Wer's säuft, ist selber schuld! *Christoph*

Diskutieren Sie mit uns weiter unter www.mittelbayerische.de/facebook